

Resilient, sicher, wettbewerbsfähig – Energiepolitik im Weimarer Dreieck gemeinsam gestalten

Die Europäische Union ist ein einzigartiges Friedens- und Erfolgsprojekt: Sie verbindet Nationen, die einst durch blutige Kriege getrennt waren. Sie ermöglicht eine Gemeinschaft, die in Sicherheit, Freiheit, Demokratie und Wohlstand leben kann. Als Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktionen in den Landtagen, im Deutschen Bundestag und der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament sehen wir uns fest eingebunden in die europäische Wertegemeinschaft, die auf Rechtsstaatlichkeit, auf Freiheit und auf der Verantwortung für Frieden und Stabilität beruht.

Dabei sind die Staaten im Herzen Europas – Deutschland, Frankreich und Polen – mehr als nur Nachbarn. Sie sind Garanten der europäischen Demokratietradition und Hüter unserer gemeinsamen Werte. Gemeinsam bilden die drei Nationen eine lebendige Achse der Freiheit, die Europa stärkt, verbindet und Orientierung gibt. In diesem Wissen setzten die Außenminister Hans-Dietrich Genscher, Roland Dumas und Krzysztof Skubiszewski im Jahr 1991 mit der Unterzeichnung der Erklärung zur Gründung des Weimarer Dreiecks ein Zeichen: Europa kann nur stark sein, wenn seine Nationen zusammenarbeiten und demokratische Werte aktiv leben. Sie erkannten, was auch heute fort gilt: Die Herausforderungen des Industriezeitalters verlangen Antworten, die im europäischen Raum nur gemeinsam zu finden sind.

Die aktuelle politische Entwicklung in Europa knüpft an diese Einsicht an. Die drei Nationen des Weimarer Dreiecks sehen sich vergleichbaren innenpolitischen Herausforderungen ausgesetzt: Sie müssen mit Haushaltsengpässen umgehen, ihre Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze sichern und die Nationale Sicherheit gewährleisten. Hinzu kommen die Gefahren für die innere Stabilität durch zum Teil aus dem Ausland gesteuerte populistische Gruppen. Vor diesem Hintergrund eröffnen sich neue Chancen für eine engere Zusammenarbeit.

Die amtierende deutsche Bundesregierung hat das erkannt. Bundeskanzler Friedrich Merz hat die von der Vorgängerregierung vernachlässigten Beziehungen zu unseren Nachbarländern Polen und Frankreich wieder aufleben lassen. Durch seine Initiative wurden nicht nur historische Partnerschaften erneuert, sondern auch die Grundlage

für eine intensivere trilaterale Zusammenarbeit im Rahmen des Weimarer Dreiecks gestärkt. Auf diesem erneuerten Vertrauen wollen wir aufbauen und dort ansetzen, wo die Herausforderungen derzeit am größten sind. Den ersten zentralen Ansatzpunkt sehen wir in einer abgestimmten Energiepolitik.

Deutschland, Frankreich und Polen verfolgen in ihrer nationalen Energiepolitik gleiche Grundanliegen: Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Diese Ziele setzen die drei Länder jedoch auf unterschiedlichen Wegen um. Genau hierin liegt ein strategischer Vorteil. Deutschlands Stärke beim Ausbau erneuerbarer Energien und der Netzinfrastruktur, Frankreichs Erfahrung mit langfristiger Planung im Bereich der Kernenergie und Polens Transformationsdynamik mit einem starken Fokus auf Sicherheit und Unabhängigkeit ergänzen sich wechselseitig. Durch eine verstärkte Kooperation lassen sich unterschiedliche Pfade sinnvoll verbinden und Risiken reduzieren. Diese vertiefte Zusammenarbeit verstehen wir als ersten Baustein einer breiter angelegten europäischen Energiekooperation. Perspektivisch soll dieser koordinierte Ansatz schrittweise auf weitere Nachbarstaaten sowie bestehende multilaterale europäische Formate ausgeweitet werden, auch um so Impulse für eine Europäische Energieunion zu geben – für Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit.

Die Grundlage für ein effektives gemeinsames Handeln ist ein klares Bekenntnis zur Technologieneutralität. Nur wenn wir alle verfügbaren Technologien gleichermaßen anerkennen und einsetzen – von erneuerbaren Energien über Kernkraft bis hin zu Speicher- und Netztechnologien – lassen sich Synergien optimal nutzen. Technologieneutralität verhindert ideologische oder einseitige Präferenzen, die Investitionen behindern oder Innovationen verzögern können. Sie schafft die Basis für koordinierte Planung, gemeinsame Infrastrukturprojekte und flexible Notfallstrategien, ohne einzelne Ansätze auszuschließen.

Resilienz und Sicherheit stärken.

Ein stabiles und widerstandsfähiges Energieversorgungssystem ist strategisch und politisch entscheidend. Die gezielten russischen Angriffe auf die ukrainische Energieinfrastruktur haben deutlich gemacht, dass Energie weit mehr ist als eine wirtschaftliche Ressource – sie ist ein zentrales Element nationaler Sicherheit. Der Schutz und die Resilienz kritischer Energieanlagen sind daher unverzichtbar, um die Funktionsfähigkeit des Staates, die Versorgung der Bevölkerung und die Stabilität der Wirtschaft zu gewährleisten.

Gerade aus dieser sicherheitspolitischen Dimension heraus entsteht ein neuer Antrieb, unsere Anstrengungen enger zu bündeln. Dazu wollen wir einen regelmäßigen

trilateralen Energie-Dialog im Rahmen des Weimarer Dreiecks aufbauen, um uns über Versorgungssicherheit, Netzausbau und Speichertechnologien auszutauschen. Denn ein größeres Netz und stärkere grenzüberschreitende Stromleitungen bieten mehr Flexibilität und steigern damit die Resilienz gegenüber Risiken wie Stromausfälle durch Extremwetterereignisse, Systemüberlastungen, Cyberattacken oder Terroranschläge.

In diesem Rahmen streben wir die Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses europäischer Energiesouveränität an. Dieses soll die bestehenden nationalen Ansätze berücksichtigen – das heißt die regionalen Produktionskapazitäten stärken, die Energiequellen diversifizieren und eine gemeinsame Beschaffung von Gas und Wasserstoff ermöglichen. Dabei ist die Wettbewerbsfähigkeit immer mitzudenken.

Eine abgestimmte Notfall- und Engpassplanung im Weimarer Dreieck ist zentral, um die Versorgungssicherheit in Krisensituationen zu stärken – ohne neue bürokratische Strukturen oder zusätzliche Regulierung aufzubauen. Die bestehenden EU-Rahmenvorschriften zur Krisenvorsorge im Elektrizitätssektor und zur Gasversorgungssicherheit haben sich bereits in Situationen wie dem Ausfall französischer Kernkraftwerke 2022 oder der grenzüberschreitenden Redispatch-Koordination 2022/23 bewährt. Das Weimarer Dreieck kann diese Mechanismen rein ergänzend und operativ-pragmatisch unterstützen: durch frühe, informelle Abstimmungen zu gemeinsamen Strom-, Gas- und Wärmeszenarien, abgestimmte Einsatzpläne bei Engpässen sowie kompatible Kommunikations- und Alarmketten – auf der Basis bestehender Prozesse, ohne neue Gremien, Verfahren oder Berichtspflichten. So lassen sich teure Einzelmaßnahmen vermeiden, kritische Infrastrukturen frühzeitig erkennen und bereits vorhandene EU-Instrumente wirksam gestärkt nutzen. Langfristig kann diese leichte, unbürokratische Kooperation als offenes Format dienen, das die EU-weite Krisenplanung unterstützt und das Vertrauen zwischen den Partnern vertieft.

Uns ist bewusst, dass mit Energieinfrastruktur asymmetrische Abhängigkeiten erzeugt, marktpolitische, rechtlich-regulatorische oder technisch-wirtschaftliche Dominanz etabliert und mercantilistische sowie schlicht machtpolitische Ziele verfolgt werden können. Zum Schutz unserer Sicherheit, Freiheit und Unabhängigkeit werden wir deshalb Beteiligungen von Nicht-EU-Staaten an den Energieinfrastrukturen der Staaten des Weimarer Dreiecks kritisch prüfen.

Wettbewerbsfähigkeit erhöhen.

Durch eine engere Zusammenarbeit lässt sich nicht nur die Versorgungssicherheit erhöhen, sondern auch der wirtschaftliche Spielraum der Länder erweitern – ein klarer

Gewinn für Unternehmen, Verbraucherinnen und Verbraucher und den gesamten europäischen Energiemarkt.

Wir gestalten den europäischen Strom- und Gasfluss effizienter und kostengünstiger, indem wir eine inhaltliche Harmonisierung der Umsetzung der EU-Gesetzgebung zum Energiebinnenmarkt und der Nationalen Energie- und Klimapläne anstreben. Dabei bekennen wir uns zum europaweiten Energiebinnenmarkt, der einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit der Mitgliedstaaten der EU leistet.

Eine grenzüberschreitende Integration erneuerbarer Energien bringt ebenfalls wirtschaftliche Vorteile: Überschüsse können exportiert und volatile Produktionsmuster ausgeglichen werden. Wir machen uns für den weiteren Ausbau grenzüberschreitender Netzverknüpfungspunkte und ergänzender Hochspannungsleitungen sowie eine Abstimmung der Netzentwicklungspläne und der Kapazitätsmärkte stark – perspektivisch innerhalb der gesamten EU.

Durch eine abgestimmte Beschaffung von Energieträgern wie Erdgas, Flüssigerdgas (LNG) oder Wasserstoff durch privatwirtschaftlich organisierte Unternehmen können erhebliche Kosten eingespart werden. Eine Bündelung von Abnahmemengen und Transportkapazitäten führt zu günstigeren Einkaufspreisen, effizienteren Lieferketten und reduzierten Logistikkosten.

Bestehende Formate wie die Deutsch-Polnische Energieplattform wollen wir gezielt einbeziehen und weiter stärken. Sie ist heute schon ein solides Fundament für gemeinsame Projekte. Aufbauend darauf eröffnet kooperative Forschung und Entwicklung in Schlüsseltechnologien – etwa Energiespeicher, Netzausbau, Kernfusion oder kleine modulare Reaktoren – die Möglichkeit, Investitionsrisiken zu verteilen, Innovationskosten zu senken und die Marktreife neuer Technologien zu beschleunigen. Konkrete Ansatzpunkte für gemeinsame Projekte sehen wir insbesondere in einer deutschen und polnischen Beteiligung am Ausbau der französischen Offshore-Windenergie sowie im Bereich der Kernenergie. Frankreich fördert bereits den Aufbau einer Industriallianz für kleine modulare Reaktoren (SMR). Deutschland kann hier aktiv teilnehmen, französisches Know-how nutzen und zugleich eigene Kompetenzen einbringen, um gemeinsam technologische Führungspositionen auszubauen.

Darüber hinaus trägt die koordinierte Entwicklung strategisch wichtiger Industrien – von Stahl über Leistungselektronik bis hin zur Hafeninfrastruktur – entscheidend dazu bei, die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu stärken. Sie verschafft Europa gegenüber globalen Akteuren wie China, das über die Belt-and-Road-Initiative eigene Standards setzt und zentrale Produktionskapazitäten kontrolliert, eine eigenständige Position. Um diese abzusichern, sollte Europa die grenzüberschreitende Netzverknüpfung über

das eigene Verbundnetz hinaus gestalten und so Einfluss auf die internationalen technologischen und regulatorischen Standards nehmen.

Gemeinsam stark in Brüssel.

Die Nationen des Weimarer Dreiecks können mit einer gemeinsamen Energiepolitik nicht nur Versorgungssicherheit und wirtschaftliche Effizienz, sondern auch Umweltbelange gezielt vorantreiben. Ein koordiniertes Vorgehen erhöht das Gewicht Deutschlands, Frankreichs und Polens innerhalb der EU. Entscheidungen können durch vorab abgestimmtes Verhalten stärker beeinflusst werden und es können über die Beziehungen der drei Länder insgesamt mehr EU-Staaten für eine gemeinsame europäische Energiepolitik gewonnen werden. Eine solche sehen wir als Grundvoraussetzung, um die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu sichern und gleichzeitig eine stabile und bezahlbare Energieversorgung für Europa zu gewährleisten.

Die EU sollte einen Ansatz verfolgen, der auf Energiesicherheit, Technologieoffenheit und Autarkie der Energieerzeugung basiert, während sie die langfristigen Klimaziele nicht aus den Augen verliert. Klimaneutralität und wirtschaftliche Stärke müssen Hand in Hand gehen – sie dürfen einander nicht behindern, sondern sollten sich gegenseitig ergänzen. Die geplante Weiterentwicklung hin zu einer Versorgung aus erneuerbaren Energiequellen erfordert erhebliche Investitionen in neue Technologien, Infrastruktur und Produktionsprozesse. Unternehmen müssen verlässliche Rahmenbedingungen erhalten, um die Umstellung von fossilen Brennstoffen auf nachhaltige Alternativen wie grünen Wasserstoff zu bewältigen. Wenn europäische Unternehmen aufgrund strenger und kostenintensiver Auflagen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit eingeschränkt werden, droht die Verlagerung von Produktion in Länder mit weniger ambitionierten Standards – ein Szenario, das weder dem Klima noch der Wirtschaft dient.

Daher ist es wichtig, dass Europa auf eine ausgewogene Energiepolitik setzt: Sie muss erneuerbare Energien, Geothermie, Carbon Capture and Storage (CCS) und andere innovative Technologien fördern, gleichzeitig aber wirtschaftliche Stabilität, technologische Umsetzbarkeit und Beschäftigung sichern. Um diese Ziele zu erreichen, müssen die Delegierten Rechtsakte zur Erneuerbaren-Energien-Richtlinie angepasst und frühzeitig eine einheitliche Regelung für die Behandlung von abgeschiedenen Emissionen durch Carbon Capture and Storage (CCS) gefunden werden. Gleichzeitig wollen wir den Aufbau eines abgestimmten europäischen Wasserstoffnetzes vorantreiben. Dabei achten wir insbesondere darauf, große Erzeugungs- und Importstandorte frühzeitig einzubinden, um Transportkapazitäten, Speicher und

Leitungsinfrastrukturen systematisch und kosteneffizient zu planen und zu entwickeln.

Für die Fraktionsvorsitzenden von CDU und CSU ist klar: Das Weimarer Dreieck muss vom Dialogforum zur Handlungsgemeinschaft werden – als strategisches Rückgrat für Europas industrielle, energetische und sicherheitspolitische Souveränität. Indem Deutschland, Frankreich und Polen ihre Energiepolitik enger abstimmen, schaffen sie nicht nur ein leistungsfähigeres, resilenteres und kosteneffizienteres Energiesystem, sondern stärken – ganz im Geiste der Montanunion – die Wettbewerbsfähigkeit ganz Europas, festigen die demokratische Wertegemeinschaft und setzen ein starkes Signal für eine koordinierte, zukunftsfähige und souveräne Gestaltung des europäischen Energiemarktes.